

Das individuelle Monopol.

Wie günstig der Krieg auch für uns auslaufen möge, fest steht, daß die durch ihn entstehenden Steuerbedürfnisse mit den bisher angewendeten Methoden nicht werden befriedigt werden können. Unser Schuldendienst erforderte vor dem Krieg rund 250 Millionen Mark, er wird nach dem Kriege 3000 bis 4000 Millionen erfordern, vielleicht noch mehr. Unumgänglich wird die direkte Besteuerung durch das Reich, unumgänglich werden Monopole, so stark auch nach wie vor die theoretischen Bedenken dagegen sein werden. Petroleum, Spiritus, Zündhölzer, Tabak, Spielarten, die Erzeugung elektrischer Kraft und die Binnenschifffahrt werden als Monopolobjekte genannt. Die Verstaatlichung der Kohlenproduktion oder die Verstaatlichung des Kohlenyndikats steht in Aussicht. Auch ist schon im Hinblick auf die Baluta mit einer Verstaatlichung der Rohstoffzufuhr, wenigstens für eine gewisse Zeit, zu rechnen, und die Rohstoffausfuhr wird in irgendeiner Weise aus fiskalischen und nationalwirtschaftlichen Gründen staatlich beeinflusst werden. Das wird, soweit es zeitlich begrenzt ist, wahrscheinlich dem neuerdings genannten „Reichskommissar für Ubergangswirtschaft“ zufallen.

Dem Wandel, den unser wirtschaftlicher Zuschnitt dadurch erfährt, sieht der freigewerbliche Geist mit einer starken Beklemmung entgegen. Am ehesten würde er sich mit hohen direkten Abgaben befreunden, denn sie belasten zwar den Verdienst, aber sie stören nicht das Verdienen. Monopole dagegen sind der freigewerblichen Lebensanschauung fremdartige und fast feindselige Systeme. Wirtschaftlich sträubt sich der Gewerbsmann gegen eine Bevormundung seines Tuns, die letzten Endes die Freude an der Kraftentfaltung, am Gewinn und am Erfolge lähmt. Was man realwirtschaftlich von den Monopolen fürchtet, ist die bürokratische Mechanisierung des lebenden Organismus der Produktion bis zur Erstarrung und die Verteuerung der Lebensführung durch eine Methode, die ihren Gewinn nicht technisch und kommerziell, sondern rein fiskalisch durch Preisfestsetzungen sucht.

Aber mit Recht sagt Georg Bernhard in einer jüngst veröffentlichten Arbeit, daß solche Befürchtungen heute, angesichts der Bedürfnisse des Reiches, gar nicht mehr als ausschlaggebend behandelt werden können. Er nimmt sogar an, daß zu den genannten Monopolen auch noch ein Handelsmonopol für Getreide und Futtermittel treten wird. Nur verlangt er, daß man den Tatsachen, die diesen Befürchtungen zugrunde liegen, bei der Organisation der Monopole Rechnung tragen soll. Denn er kennt die inneren Werte der individuellen Wirtschaft und schätzt sie, wie er die immanenten Mängel der Staatswirtschaft auch kennt und fürchtet. Von Post und Eisenbahn sagt er, sie möchten bei uns mit so wenig wie möglich Kraftaufwand so viel wie möglich verdienen; daher sei ihre Devise: Abschreckung des Publikums durch schlechte Behandlung und hohe Preise. Diese Devise will er durch die Erkenntnis verdrängt sehen, daß ein gesunder Gewinn nur aus reicher Betätigung erwächst.

Aber er traut dem reinen und restlos durchgeführten Monopolwesen eine genügende Aufnahmefähigkeit zu dieser Erkenntnis offenbar nicht zu. Deshalb bringt er eine Organisation der Monopole in Vorschlag, die den vorwärtstreibenden Wirtschaftsfaktor des Individualinteresses mit der Staatswirtschaft verknüpft, indem der Staat nur an den Anfang und das Ende des Fabrikationsprozesses gestellt wird, um dort das Gemeininteresse wahrzunehmen. Die Organisation, die er im Sinne hat, ist etwa die, daß der Staat die ausländischen und inländischen Rohstoffe (Tabak usw.) an sich zieht, und sie den Verarbeitern zu einem bestimmten Preise abgibt, dann aber die Fertigwaren wieder zu einem bestimmten Preise übernimmt, um sie an den distributiven Handel abzugeben oder selbst zu verteilen. Dadurch bleibt die Fabrikation als solche von der staatlichen Beeinflussung frei bis auf gewisse sozialpolitische Auflagen hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit. Sind aber Rohstoff-